Nummer 6 — 23. Jahrgang

Crefeld, 5. Februar 1921

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Otte, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.
Druck und Versand Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Christliche Gewerkschaften und Sozialisierung.

Für Gemeinwirtschaft. — Gegen den revolutionären Sozialismus!

Die christlich-nationale, im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossene Arbeitnehmerschaft hat in einer gewaltigen bedeutungsvollen Kundgebung am Sonntag, den 9. Januar, zu Duisburg Stellung genommen. Ueber 1500 Vertrauensleute aus allen Teilen des Industriereviers waren der Einladung gefolgt. In der Tagung kam der entschlossene Wille zum Ausdruck, unter allen Umständen den Weg zu gehen, den das Wohl der Gesamtheit zu gehen vorschreibt, um so mehr, als allein dieser Weg auch zum wohlverstandenen Interesse der Arbeitnehmerschaft führt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft ist in den Lebensfragen des Arbeiterstandes und des Gesamtvolkes einig mit ihren Führern, das hat die Konferenz bewiesen. Nur linksradikale Sozialisten können behaupten, daß in der Sozialisierungsfrage die christlichen Führer versagten und einer gemeinwirtschaftlichen Weiterbildung unserer Wirtschaft im Wege ständen. Was die Führer der christlich-nationalen Arbeiterschaft mit ihren Mitgliedern ablehnen müssen, das ist der Sozialismus der zum Kommunismus und Bolschewismus führt, der den Zusammenbruch unserer Wirtschaft zur Folge hat und den Arbeiterstand und das Gesamtvolk ins Elend stürzt, so bemerkt treffend „Der Bergknappe", das Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter in der Nr. 4.

Der Gewerkvereinsvorsitzende, Kollege Imbusch, hielt in der Konferenz den grundlegenden Vortrag über die Sozialisierungsfrage. Wir lassen nachfolgend einen kurzen Auszug aus seiner Rede folgen:

„Wir christlichen Gewerkschaftler können und müssen an die Sozialisierungsfrage objektiv prüfend herangehen. Wir sind nicht gebunden durch irgendein Parteiprogramm; wir haben uns auch nie auf einen bestimmten Weg festgelegt. Es kommt doch auf das Ziel an und nicht auf den Weg. Wenn man z. B. die Ausschaltung arbeitsloser Einkommen aus dem Bergbau für wünschenswert hält, so braucht man nicht für eine Verstaatlichung des Bergbaues einzutreten. Man kann vielmehr die Ausschaltung arbeitsloser Einkommen auch auf anderem Wege erreichen. Bringt man z. B. das Bergwerk in den Besitz eines gemeinwirtschaftlich geleiteten Elektrizitätswerkes und gibt durch dieses den Strom zu den Selbstkosten ab, so hat man auch in vollkommenster Weise arbeitslose kapitalistische Gewinne ausgeschaltet. Aehnlich ist es, wenn man Bergwerksbetriebe anderen Industrien angliedert und dadurch die Herstellung billiger Waren ermöglicht und durch eine gemeinwirtschaftliche Organisation dieser Industrie auch durchsetzt. Wir christlichen Gewerkschaftler haben uns nie auf ein bestimmtes Tempo in der Sozialisierungsfrage verpflichtet. Es kommt ja in dieser Frage nicht allein darauf an, was ist wünschenswert, sondern auch darauf, was ist durchführbar. Man kann grundsätzlich zu der Frage stehen, wie man will, und doch im Augenblick für das Gleiche eintreten. Sofern man ehrlich das Wohl unseres Volkes will, muß man im Augenblick das tun, was notwendig und möglich ist. Auch wer für Vollsozialisierung ist, der kann jetzt für eine weitere Entwicklung statt für einen Umsturz eintreten. Ich persönlich gehe in der Sozialisierungsfrage im Ziel weiter als viele andere. Ich rechne aber mit den gegebenen Verhältnissen und trete für das ein, was im Augenblick durchführbar ist. Wir müssen rücksichtslos Stellung nehmen gegen alles, was uns schädigen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist auch kein Widerspruch zu den Beschlüssen einer Gewerkvereinskonferenz in Gelsenkirchen.

Wir können keinen Umsturz, sondern nur eine vernünftige, organische Entwicklung wollen. Natürlich keine Entwicklung im Schneckentempo. Der Aufbau einer neuen Wirtschaft ist aber nicht mit Generalstreik und großen Aktionen auf der Straße zu machen. (Stürmische Zustimmung.) Ein politischer Umsturz ist leichter und weniger gefährlich als ein wirtschaftlicher. (Sehr wahr!)

Vorschläge zur Bergbausozialisierung.

Mir persönlich und meinen Freunden, so führte Kollege Imbusch aus, erscheint aber im Augenblick folgendes möglich:

„1. Die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen werden in den Besitz der Volksgesamtheit überführt.

2. Die Kohlengewinnung wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen. Zur Sicherung eines sachgemäßen Abbaues werden Pachtverträge für eine längere Zeitdauer abgeschlossen und auch Vorkehrungen getroffen, daß die Pachtverträge rechtzeitig erneuert werden können.

3. Von den Besitzern wird für die Ueberlassung der Bodenschätze zur Ausbeutung eine dem Werte der Lagerstätte angepaßte Abgabe erhoben.

4. Die im Bergbau beschäftigten Personen sind an der Produktion zu interessieren.

5. Die Zusammenfassung des Bergbaues auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes ist beizubehalten und auszubauen. Zweckmäßig wäre z. B. daß die Preise nicht mehr vom Reichskohlenverband und der Kommission des Reichskohlenrates, sondern allein von letzterer bestimmt würden.

6. Beschränkung der Gewinne im Bergbau. Ueber die Gewinne im Bergbau macht man sich zwar vielfach falsche Vorstellungen. Sie sind nicht so hoch, wie fast allgemein angenommen wird. Das schließt nicht aus, daß trotzdem in vielen Fällen unberechtigt hohe Gewinne gemacht werden. Diese müßte man der Volksgesamtheit dienstbar machen. Das ist möglich, wenn man dem im Bergbau tätigen Kapital eine gewisse Verzinsung überläßt, die höheren Gewinne jedoch zum größten Teil für soziale und andere Aufgaben wegsteuert, ohne das Streben nach höherem Gewinn zu ertöten.

7. Schaffung einer befriedigenden Stellung für die in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Das Betriebsrätegesetz muß sinngemäß durchgeführt und eventuell verbessert werden. Je weniger sich die Betriebsleiter innerlich damit abfinden können, um so mehr wird man die gesetzlichen Zwangsvorschriften ausbauen müssen.

Hinzu käme noch die schon genannte Aenderung des Aktienrechtes, insbesondere die Einführung von Kleinaktien. Sie ist aus volkswirtschaftlichen Gründen im Interesse der notwendigen Kapitalbildung nicht zu umgehen, hat aber auch eine große soziale Bedeutung. Die Aktien dürften allerdings nicht an das Werk gefesselt und müßten auch sonst in weitgehendem Maße durch Gesetz geschützt sein. Außerdem müßten die Arbeiterorganisationen geeignete Einrichtungen schaffen, um zu erreichen, daß diese Kleinaktien gut vertreten, und zu verhindern, daß sie von den Großaktionären aufgekauft werden.

Sodann ist der gemeinwirtschaftliche Ausbau aller Industrien und Gewerbe anzustreben und sind die schon bestehenden Selbstwirtschaftskörper den gemachten Erfahrungen entsprechend auszubauen."

Verbandssekretär Kollege Schmitz wies nach, daß die Frage der Erzielung einer höheren Wirtschaftsform nicht vom parteipolitischen Standpunkte, sondern lediglich vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus gehandhabt werden könne. Die Selbstverwaltungskörper müßten weiter ausgebaut werden. Er wandte sich scharf gegen die Bestrebungen, welche darauf hinzielen, die Sozialisierungsfrage auf der Straße zu entscheiden. Allen Putschversuchen müsse sich gerade die christliche Arbeiterschaft mit größter Wucht entgegenstellen. Eine Gemeinwirtschaft nach christlich-sozialen Grundsätzen müsse herbeigeführt werden. Der Kampf um gewaltsame Herbeiführung neuer Wirtschaftsformen führe, wie Rußland zeige, zum Ruin.

Gegen Putsche und wilde Streiks.

Die von den revolutionären Sozialisten im Hamborner Revier auf der Thyssenhütte angezettelten wilden Streiks und die Ankündigung eines politischen revolutionären Generalstreiks gaben dem in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ergrauten Kollegen Wieber Veranlassung zu folgenden Ausführungen: „Mehr Mannesmut! hat der Abg. Imbusch uns entgegengerufen. Ist es da nicht beschämend, wenn wir heute sehen müssen, wie eine verhältnismäßig kleine Zahl von unvernünftigen Elementen vor den Toren Duisburgs Tausende von Arbeitern auf die Straße bringt? Ein großer Teil der Arbeiter bringt nicht den Mut auf, diesen radikalen Elementen gegenüber den Mann zu stellen. (Sehr richtig!) Ist es nicht beschämend, wenn Arbeiter in Anbetracht der traurigen Lage des deutschen Volkes unmittelbar vor der feindlichen Besatzung das traurige Schauspiel bietet mit klingendem Spiel (Pfui!) vor andere Werkstätten und Fabriken hinzuziehen, um die Leute zu veranlassen, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Fragt man, warum sie streiken, dann wissen es die Leute meist selber nicht. (Sehr richtig!) Ist denn die vernünftig denkende Arbeiterschaft so tief gesunken, daß sie sich jedem Terror fügt? Denken denn diese Leute nicht daran, welches Elend über ihre Familien kommt, wenn sie wochenlang auf der Straße liegen? Diese wilden Putsche, wie sie heute von Syndikalisten und Radikalisten herbeigeführt werden, werden von den Gewerkschaften nicht unterstützt; die Leute bekommen natürlich keine Unterstützung. Es ist ein Frevel, so groß, wie ich ihn mir gar nicht vorstellen kann, daß ein Familienvater so bewußt Frau und Kinder

dem Hunger und dem Elend preisgeben

kann. Und wenn dort noch soviel Männer zusammenstehen, wie heute hier im Saale, dann müssen die ausreichen, um dort den Weg zu bahnen in die Werkstätten, wo man ohne Ursache herausgegangen ist. Es muß aufhören, daß, wenn irgend ein radikaler sog. Betriebsrat Brandreden hält, daß dann auch nicht einer den Mut findet, dem entgegenzutreten, sonst nutzt alles Reden nichts. Der Arbeitsmann hat an erster Stelle zu zeigen, was er will, nicht bloß in der Hebung der Produktion, sondern auch in der Verteidigung seiner Rechte. Wenn früher das Unternehmertum die Arbeiterschaft niederdrückte, wie immer geschrieen wurde, dann sind es heute die wilden Betriebsräte, mit ihrem Anhang, die die Freiheit und die Rechte

der Arbeiterschaft mit Füßen treten.

Wir machen solche Frevel nicht mit, das sind wir unserem Vaterlande, unserer Familie und nicht zuletzt auch unserer Ehre schuldig. (Lebh. Bravo.)

In der Aussprache machten noch weitere Ausführungen Kollege Bredbemann vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Geschäftsführer Meyler, die sich mit den Ausführungen des Kollegen Imbusch einverstanden erklärten. Die von einem Willen getragene Konferenz stellte sich dann einmütig auf den Boden folgender

Entschließung.

„Die am 9. Januar in der Tonhalle zu Duisburg abgehaltene äußerst zahlreich besuchte Konferenz der Vertrauensmänner des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt sich für die Durchführung einer gemeinwirtschaftlichen Organisation unserer Wirtschaft (Sozialisierung). Eine Verstaatlichung und Bureaukratisierung unserer Wirtschaft sowie die Ausschaltung der freien Initiative muß vermieden werden. Die Verstaatlichung und Bureaukratisierung unserer Wirtschaft vermindert die Produktion, schädigt die Volksgesamtheit und hat dadurch große wirtschaftliche Schäden auch für die Arbeitnehmerschaft zur Folge. Die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung macht energisch Front gegen die linksradikale Agitation, die in dieser wichtigen Lebensfrage des deutschen Volkes von sozialistischer Seite betrieben wird. Ebenso lehnt es die christlich-nationale Angestellten- und Arbeiterschaft als verwerflich und schädigend ab, durch Putsche und Aktionen auf der Straße die Sozialisierungsfrage zur Entscheidung zu bringen. Wir fordern alle Mitglieder auf, den wilden Streiks entgegenzutreten und die gewerkschaftlichen Grundsätze zu verteidigen. Nur durch Besonnenheit und zielbewußtes Handeln in der Weiterführung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze kann der soziale und wirtschaftliche Neuaufbau Deutschlands erreicht werden."

Ein grelles Schlaglicht auf die überspannten Kommunalisierungsbestrebungen der Sozialdemokratie

wirft folgende Meldung aus Frankfurt a. M:

„Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. bereitet einen Schritt vor, der wegen seiner grundsätzlichen Tragweite von größerem Interesse ist: Die bisherigen städtischen Betriebe, u. a. Gas- und Elektrizitätswerk, sollen entkommunalisiert werden und in die Leitung einer gemischten kommunalwirtschaftlichen G. m. b. H. übergehen".

Diese Nachricht beleuchtet greller, als langatmige Ausführungen es vermögen, was von dem Bestreben, die Kommunalisierung grundsätzlich noch weiter auszudehnen, zu halten ist.

Auf die naheliegende Frage: Wie kommt der Magistrat von Frankfurt a. M. zu diesem Beschluß? finden wir die Antwort in einem Aufsatz über kommunale Selbstverwaltung von Oberbürgermeister Dr. Most. Dr. Most bezeichnet dort als einen „fast heilig gehaltenen" Grundzug bewährter kommunaler Finanzpolitik den Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Sicherung der Deckung" und fährt dann fort: „Wo ist heute vielfach dies Prinzip gesunder Selbstverwaltung geblieben? Jene, die der letzteren Ende voraussagen, sehen bereits den finanziellen Zusammenbruch sich nahen. Eine Verwaltung nach parteipolitischer Orientierung ist immer verschwenderisch in den Ausgaben und wenig besorgt um deren Deckung gewesen. Das liegt in ihrem Wesen, weil jede parteipolitische Konstellation vorübergehend ist und nicht für lange Zeiten baut. Eine Verwaltung nach allein fachlich-sachlichen Gesichtspunkten schafft für Generationen und wacht für die Zukunft nicht minder sorglich wie für die Gegenwart. Dagegen häuft diese (die parteipolitisch orientierte Verwaltung) verantwortungslos und blind Lasten auf Lasten, die letzten Endes der Zukunft allein zu tragen bleiben, sodaß diese einfach gezwungen sein wird, auf jede Ausdehnung ihrer kommunalen Tätigkeit zu verzichten, ja wahrscheinlich einen Teil gerade ihrer wertvollsten, nämlich ihrer auf sozialpolitischem Gebiete freiwillig übernommenen Aufgaben abzubauen." Und so kommt denn auch Dr. Most zu dem Ergebnis, zu erwägen, ob es nicht anzustreben sei, die Gemeindebetriebe allmählich in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmungen mit kommunalem Einschlag, möglichst zur Verbreiterung ihrer Basis auf interkommunaler Grundlage um- und auszubauen.

Die Lehren, welche der Magistratsbeschluß von Frankfurt und die Erfahrungen des kommunalen Praktikers Dr. Most bieten, scheinen jedoch für die Sozialisierungskommission nicht vorhanden zu sein. Sie kommunalisiert weiter darauf los und nennt unter den für die Kommunalisierung reifen Gebieten auch die „Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln, Beschaffung, Lagerung und Vertrieb von Brennstoffen". Und doch sprechen die Erfahrungen statt für gegen eine Kommunalisierung auf diesen Gebieten. Selbst der bekannte sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Max Schippel, der in den „Sozialistischen Monatsheften" (1920, 20/25) den Kommunalisierungsbestrebungen sonst nicht unfreundlich gegenübersteht, hat hier seine Bedenken. Eine solche Praxis hält er nicht für angängig. „Der ausschließliche Betrieb für die Versorgung mit Nahrungs- und Genußmitteln, und ähnlich mit Brennstoffen, ist so wenig „von Natur monopolistisch" und greift so tief in das ganze, nicht rein örtliche Wirtschaftsleben hinein und über den Bereich der besonderen individuellen Gemeinde in allen möglichen Beziehungen und Wirkungen hinaus, daß hier sicherlich nicht, wie es die Sozialisierungskommission vorschlägt, mit der rein formalen verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung auszukommen ist (§ 16), ob „der bezügliche Gemeindebeschluß ordnungsmäßig zustande gekommen ist oder die Gesetze verletzt oder in der Form wesentliche Mängel aufweist". Auch der erste Entwurf der Sozialisierungskommission vom März 1919 ließ hier der Nachprüfung und Genehmigung durch die Landeszentralbehörde einen viel größeren Spielraum, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weit gehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern, welche ihre Kräfte übersteigen oder eine Störung des Wirtschaftslebens bedeuten können. Ganz an diesem Genehmigungs- und Aufsichtsrecht der zentralen Verwaltungsstellen wird man insoweit nicht so leicht vorbeikommen".

Demnach erscheint es doch wohl vernünftiger, die genannten Gebiete nicht auf die Liste der für eine Kommunalisierung freizugebenden Gebiete zu setzen, sondern sie gesetzlich von dieser auszunehmen.

Bitte: den Kernpunkt nicht verschieben!

Es gibt Leute, die um alles herumreden. Dinge, die ihnen unangenehm sind, streiten sie ab oder suchen sie ins Gegenteil umzukehren. Aehnlich ergeht es auch dem Deutschen Textilarbeiterverband. Im Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Nr. 3 vom 21. Januar ds. Js., findet sich ein Artikel unter der Ueberschrift: „Wie die »Schwarzen« uns bekämpfen." Der Zweck des Artikels ist, unsere Anklagen und Beschwerden, welche wir über Terrorismus erhoben haben, als gegenstandslos abzutun und zu beweisen, daß wir selbst dem Terrorismus innerlich freundlich gegenüberstehen, oder daß wir zum mindesten veranlassen, daß andere Organisationen oder Richtungen Terrorismus zu Gunsten unseres Verbandes ausüben. Das ganze Geschreibsel erweist sich aber als eitel Luft, wenn man den Dingen näher auf den Grund geht.

Es wird in dem Artikel u. a. erwähnt, daß die Firma Mann u. Schüser in Barmen an den Schlichtungsausschuß herangetreten ist mit dem Antrag, daß der Obmann des Betriebsrats, der dem Deutschen Textilarbeiterverband angehört, wegen Pflichtverletzung sein Mandat niederlegen solle. Des weiteren wird aus dem oberhirtlichen Verordnungsblatt für das Bistum Speyer ein Passus angeführt, welche Haltung die Geistlichen sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaftlern in kirchlicher Hinsicht gegenüber einzunehmen haben. Sodann wird ein Fragebogen erwähnt, der angeblich vom Volksverein für das katholische Deutschland bezw. vom Arbeiterverein (?) herausgegeben sein soll und in welchem auch die Frage enthalten sei, ob der Betreffende Mitglied der christlichen Organisation ist. Endlich wird ein Flugblatt von der marianischen Jungfrauenkongregation Rheydt erwähnt, in welchem hervorgehoben ist, daß sozialdemokratisch organisierten Arbeiterinnen keine Aufnahme in den kirchl. Jungfrauenverein gewährt wird, und daß der weitere bis zum 1. April die sozialdemokratisch organisierten Mitglieder aus der Kongregation austreten müßten.

Man muß sich nun doch wirklich fragen, was diese Dinge denn mit unserem Verband zu tun haben und was für eine Verantwortung wir diesen Vorkommnissen gegenüber tragen sollen. Sollen wir uns vielleicht an die genannte Firma in Barmen wenden, daß sie solche Anträge nicht an den Schlichtungsausschuß stellt. Oder sollen wir an die Bischöfe herantreten und ihnen gar Vorschriften darüber machen, was kirchlich erlaubt oder notwendig ist, oder auch an die Leitung der kirchlichen Jungfrauenkongregationen? Im übrigen möchten wir doch noch darauf hinweisen, daß es einen „Volksverein für das katholische Deutschland bezw. Arbeiterverein" nicht gibt, sondern daß jede dieser Organisationen eine für sich selbständige Organisation ist. Doch das nur nebenbei.

Die christlichen Gewerkschaften haben lange Jahre um ihre Selbständigkeit gekämpft, sie können deswegen anderen selbständigen Organisationen und Gemeinschaften auch nicht vorschreiben, was diese zu tun oder zu lassen haben. Einen Eingriff unsererseits in ihre Rechte würden sich dieselben höflichst und entschieden mit vollem Recht verbitten.

Nun weist der Deutsche Textilarbeiterverband in dem Artikel: „Wie die »Schwarzen« uns bekämpfen", darauf hin, daß die Unduldsamkeit von kirchlicher Seite usw. auf seiten der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes naturgemäß Terror auslösen müsse. Das heißt denn doch die Dinge vollständig auf den Kopf stellen! Wir fragen, ob die skandalösen und niederträchtigen, sehr zahlreichen Terrorismusfälle s. Zt. in Augsburg eine Folge des Vorgehens von Kirchenbehörden oder kirchlichen Vereinen waren? Davon kann überhaupt gar keine Rede sein. Oder sind vielleicht die in Sachsen-Thüringen und in letzter Zeit noch in erheblichem Maße in Schlesien vorgekommenen Terrorismusfälle von seiten Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes unseren Mitgliedern gegenüber vielleicht eine Folge des Verhaltens von kirchlichen Behörden oder kirchlichen Vereinen? Wer das im Ernst behaupten will, würde sich geradezu lächerlich machen. Der Deutsche Verband möge sich also solche lächerlichen Ausreden sparen.

Im Grunde genommen handelt es sich doch um folgendes: Sowohl wir wie auch der Deutsche Textilarbeiterverband können eine Verantwortung für die Vorkommnisse nur übernehmen, die zum Zuständigkeits- und Tätigkeitsgebiet der Verbände gehören. Wenn der Deutsche Textilarbeiterverband von uns verlangt, wir sollen den Kirchenbehörden in ihr Tätigkeitsgebiet hineinreden oder denselben unsere Mißbilligung aussprechen, damit der Deutsche Textilarbeiterverband damit Agitation treiben kann (denn das ist doch der Zweck der Uebung!), so liegt das in derselben Richtung, als wenn wir an den Deutschen Textilarbeiterverband das Ansinnen stellen, er solle an die verschiedenen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, sowie an die sozialdemokratischen Sport- und Turnvereine herantreten und denen Vorschriften darüber machen, wie sie christliche Gewerkschaftler behandeln sollen. Ein solcher Unsinn fällt uns aber natürlich gar nicht ein.

Es handelt sich darum, daß die Verbände sich dazu aufschwingen, den Terrorismus ihrer eigenen Mitglieder entschieden zu verurteilen, und zwar zu verurteilen ohne jeglichen Vorbehalt. Wir unsererseits sind dazu zu jeder Zeit bereit und haben dem Deutschen Textilarbeiterverband bereits dahingehende Vorschläge gemacht. Wenn beide Organisationen bezw. die Vorstände beider Organisationen öffentlich erklären, daß sie jeden Terrorismus, der von ihren Mitgliedern gegenüber Mitgliedern anderer Organisationen ausgeübt wird, entschieden verurteilen und mißbilligen, dann, so glauben wir sicher, wird der Terrorismus bald aufhören, und andererseits haben dann auch die Organisationen selbst ihre Pflicht und Schuldigkeit getan.

Wenn der Deutsche Textilarbeiterverband sich zu einer solchen vorbehaltlosen Erklärung nicht aufschwingen kann, dann billigt er entweder innerlich den Terrorismus, oder er hat so radikale Elemente in seinen eigenen Reihen, denen gegenüber er eine solche vorbehaltlose offene Erklärung nicht auszusprechen wagt. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir unsererseits verzichten auf jedes Mitglied, das seiner Gesinnung nach nicht zu uns gehört. Wir verzichten auch auf Mitglieder, die aus sozialdemokratischen Verbänden durch Zwang zu uns herübergezerrt werden sollen. Umgekehrt muß es genau dasselbe sein. Keine Organisation kann es billigen, wenn sie noch den Anspruch darauf machen will, daß sie auf dem Boden der Freiheit und der Demokratie steht, wenn von ihren Mitgliedern Gewaltakte verübt werden. In der Vergangenheit sind seitens der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes in einer ungemein großen Anzahl von Fällen Terrorismusakte gegenüber unseren Mitgliedern auf der Arbeitsstelle ausgeübt worden. Auf unserer Seite ist das nicht der Fall. Wir haben noch eine ganze Mappe voll solcher Fälle, die bisher noch nicht veröffentlicht worden sind. Sollte auf unserer Seite ein Terrorismusfall vorkommen oder vorgekommen sein, so sind wir bereit, nach jeder Richtung hin Genugtuung zu verschaffen. Eine solche vorbehaltlose Erklärung seitens des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben wir bis jetzt vermißt. Statt offen und vorbehaltlos den Terrorismus zu verurteilen, sucht er die ganze Angelegenheit auf ein anderes Geleise zu schieben, wie es in dem Artikel: „Wie uns die »Schwarzen« bekämpfen", in Nr. 3 des Textilarbeiter geschieht. Eine Methode nach dem Motto: „Haltet den Dieb", dient aber nicht der Sache, und wir sind auch nicht gewillt, ein solches Verfahren unwidersprochen hinzunehmen.

Wir sagen also nochmals: „Bitte: den Kernpunkt nicht verschieben!"

bo.

Außerordentliche Beihilfen für Invaliden-Rentenempfänger.

Der Reichstag hat am 18. Dezember v. J. folgendes Gesetz, das von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten eingebracht wurde, beschlossen.

§ 1.

Empfänger von Renten, denen auf Grund des Gesetzes über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. Mai 1920 eine Zulage gewährt wird, erhalten vom 1. Januar 1921 ab bis auf weiteres eine Beihilfe.

Die Beihilfe steht nicht zu Personen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten.

§ 2.

Die Beihilfe beträgt für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder -Witwerrente monatlich 40 M., für Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M.

§ 3.

Die Beihilfe wird monatlich im voraus gezahlt. Sie wird im vollen Betrage gezahlt, auch wenn der Empfänger nur einen Bruchteil der Rente erhält.

Die Beihilfe wird nicht länger als drei Monate rückwärts, jedoch nicht für Zeiten, die vor dem 1. Januar 1921 liegen, gewährt.

§ 4.

Die Beihilfe wird durch die Post ausgezahlt.

Die oberste Postbehörde bestimmt das Nähere.

Leistet eine Sonderanstalt ihre Zahlungen ohne Vermittlung der Post, so hat sie auch die Beihilfe auszuzahlen.

§ 5.

Zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe werden die Beiträge zur Invalidenversicherung (§ 1392 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Artikels II des Gesetzes über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. Mai 1920 Reichs-Gesetzbl. S. 1091) zum doppelten Geldwert berechnet.

Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Entrichtung der Beiträge durch die Arbeitgeber (§§ 1426 ff.) finden entsprechende Anwendung.

Zusatzmarken (§ 1472 der Reichsversicherungsordnung) werden wie bisher zum Nennwert verkauft.

§ 6.

Bei Erstattung und Umtausch von Beiträgen wird lediglich der einfache Geldwert zugrunde gelegt.

§ 7.

Bis zum Eingange der erhöhten Beiträge leistet das Reich Vorschüsse für die Zahlung der Beihilfe. Die Vorschüsse werden aus den eingegangenen Beiträgen erstattet.

§ 8.

Binnen 15 Tagen nach Ablauf jedes Monats teilen die obersten Postbehörden den Versicherungsträgern für den vorangegangenen Monat mit, welche Einnahmen aus der Erhöhung der Beiträge erzielt und welche Aufwendungen für die Beihilfen gemacht sind.

§ 9.

Die Vorschrift des § 5 tritt mit Wirkung vom 20. Dezember 1920, die übrigen Vorschriften treten mit dem 1. Januar 1921 in Kraft.

Allgemeine Rundschau.

Was die Arbeiter von einer Kommunisten-Herrschaft zu erwarten hätten.

Die Kommunisten spielen sich mit Vorliebe als die einzig wahren Hüter der Arbeiterrechte auf, und manche betörten Arbeiter glauben tatsächlich, daß die „goldene Zeit" für sie erst kommen werde, wenn die Kommunisten im Lande die Herrschaft hätten. Diese Illusion zerstörte in grausamer Weise der Kommunistenführer Sommerfeld aus Hannover, der, laut sozialistischem „Volkswillen" (Hannover, Nr. 4) in einer öffentlichen Versammlung in Breden erklärte:

„Wenn wir (die Kommunisten) die politische Macht erobert haben, den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus aufbauen wollen, dann wird es notwendig sein, Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter zu ergreifen, ebenso wie in Rußland, und um die sozialistische Produktion zu heben, über den Achtstundentag hinaus die Arbeitszeit zu verlängern."

Also: Zwangsmaßnahmen wie in Rußland zur Erzielung einer längeren Arbeitszeit stehen den Arbeitern in sicherer Aussicht, wenn die Kommunisten-Gesellschaft ans Ruder kommen sollt.

Daß in Rußland der Achtstundentag längst begraben ist und die Arbeiter 10, 12 und mehr Stunden arbeiten müssen, wenn sie nicht in die berüchtigten Konzentrationslager wandern wollen, zeigen die folgenden, auf Grund authentischen Materials von dem russischen Sozialrevolutionär Dr. Sorokow zusammengestellten und in der „Wolja Rossii" veröffentlichten Daten:

1. Zirkular des Volkskommissars für öffentliche Arbeiten vom 7. Juli 1920: „Für Landarbeiter wird der Zehn-Stunden-Arbeitstag angeordnet. Im Falle dringender Notwendigkeit kann auch diese Arbeitszeit noch verlängert werden."
2. Resolution der Arbeiter der Petersburger Abteilung Druckerei von Staatspapieren: „Wir haben zwölfstündigen Arbeitstag, auch Samstags und Sonntags müssen wir arbeiten. Seit 15. August 1920 sind die Ueberstunden obligatorisch."
3. Verfügung der Leitung der Alexandrower Eisenbahn: „Ab 1. Juni 1920 werden Ueberstunden befohlen."
4. Resolution der Petersburger Gelegenheitsarbeiter vom 5. September 1920: „In 80 Prozent aller

Unternehmungen sind Ueberstunden obligatorisch, eine Weigerung wird schwer bestraft."

5. Nr. 3 der Zeitschrift „Metallist" berichtet: „In der Fabrik Plo in Kostroma sind Ueberstunden seit dem 1. Januar 1920 obligatorisch. Die tägliche Arbeitszeit dort beträgt 10 bis 12 Stunden."

So und nicht anders würde es auch unseren Arbeitern unter kommunistischer Herrschaft ergehen; darüber läßt die oben mitgeteilte Auslassung des Kommunistenführers Sommerfeld keinen Zweifel.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Die Bedeutung der Betriebsräte.

Welche Folgen es haben kann, wenn dieser Frage seitens der Arbeiterschaft nicht die gebührende Beachtung geschenkt wird, zeigt folgender Vorfall:

Bei einer Firma, die etwa 60 Arbeiterinnen und 10 männliche Arbeiter beschäftigte, wurde im verflossenen Sommer der Betrieb infolge Absatzstockung vorübergehend eingestellt und die gesamte Arbeiterschaft nach 14-tägiger Kündigung entlassen. Nach 10 Wochen wurde der Betrieb wieder eröffnet und eine Arbeiterin, die schon 17 Jahre ununterbrochen in dem Betriebe beschäftigt war, nicht wieder eingestellt mit der Begründung, „ihr moralischer Ruf wäre ein schlechter". Der Schlichtungsausschuß, der in der Sache angerufen wurde, stellte sich nun auf den Standpunkt, daß er in der Sache nicht zuständig sei, **da der Betriebsrat, als die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft mit der Nichtwiedereinstellung der Arbeiterin einverstanden sei.**

Um die Haltung dieses „Betriebsrates" zu verstehen, muß man wissen, daß bei der Wiedereröffnung des Betriebes die Firma es verstanden hatte, solche Leute in den Betriebsrat hineinzubekommen, die ihr genehm waren. Und daß sich dieselben glänzend „bewährten", zeigt dieser Fall.

Das konnte der Firma natürlich nur gelingen, infolge der Interesselosigkeit der großen Mehrzahl ihrer Arbeiterschaft.

Die Kollegen und Kolleginnen mögen sich dies allüberall als Warnung dienen lassen, besonders jetzt, wo gegen das Amt eines Betriebsrates mehr und mehr eine gewisse Abneigung Platz greift. Wenn auch zuzugeben ist, daß mit dem Amt eines Betriebsrates viele Unannehmlichkeiten verbunden sind, so dürfen wir doch nicht dazu kommen, daß die Besten und Tüchtigsten sich bei der Besetzung dieser Posten zurückziehen und das Feld den weniger Fähigen, oder gar rückgratlosen Elementen überlassen. Den Schaden davon hätte die Arbeiterschaft selbst zu tragen. Die Besten sind gerade gut genug dafür.

Sonst wäre zu befürchten, daß wertvolle Rechte, um welche die Arbeiterschaft schon jahrzehntelang gekämpft hat, wieder verloren gehen würden.

Wir haben in unsern Reihen noch Leute genug, die ein Amt als Betriebsrat ausüben können.

Nur nicht sich feige drücken vor den großen Aufgaben, sondern frisch angepackt, dann geht es schon, denn: „Mit den größern Zielen wächst der Mensch."

Aus unserer Industrie.

Eine Exportaktion in der englischen Tuchindustrie.

Die Krisis, welche jetzt auch die englische Textilindustrie durchmachen muß, und die Tatsache, daß nicht nur in baumwollenen Geweben, sondern auch in Tucherzeugnissen sehr große Mengen unverkauft in England lagern, hat die maßgebenden Firmen der Tuchindustrie veranlaßt, eine großzügige Aktion für die Belebung des Exportes in ihren Erzeugnissen einzuleiten. An dem Unternehmen sind auch große Exporthäuser beteiligt und hofft man, daß auch die Regierung das Unternehmen finanziell und moralisch in großzügiger Weise zu unterstützen bereit sein wird.

Die Geschäftslage des deutschen Webstoffgewerbes

hat sich im weiteren Verlauf des Monat Januar weniger günstig gestaltet. Fast in allen Zweigen hat der Rückgang der Rohstoffpreise die Käufer veranlaßt, keine neuen Aufträge zu geben, ja sogar Versuche zu machen, die früher erteilten Orders zu annullieren. Nichtsdestoweniger sind sowohl in der Woll- wie in der Baumwollindustrie die Fabrikanten mit den früher erhaltenen Aufträgen noch einige Zeit beschäftigt, und man hofft, daß, sobald eine gewisse Stabilität in den Rohstoffpreisen eingetreten sein wird, der Geschäftsgang sich wieder normal gestalten wird. Die allgemeine Lage der Seiden-, Jute- und Leinenindustrie ist im neuen Jahr unverändert geblieben. Auch eine wesentliche Veränderung der Preislage ist nicht festzustellen.

Aus der internationalen Textilindustrie.

Die Berichte aus der skandinavischen Textilindustrie in ihrer Gesamtheit lauten nicht günstig. Die schon im vorigen Jahre geübten Betriebseinschränkungen werden teils fortgesetzt, teils weiter verstärkt. Merkwürdigerweise lauten die Berichte aus der Textilindustrie Rußlands etwas günstiger. Auch in Spanien ist man im ganzen noch befriedigend beschäftigt und zum Teil auch in Portugal, während die Krisis in Frankreich, in Belgien und zum Teil auch in Holland sich verschärft hat. In Japan und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika macht die Textilindustrie keine guten Zeiten durch, nur in Südamerika scheint der Geschäftsgang noch befriedigend zu sein. In Polen, in der Tschecho-Slowakei und in Oesterreich ist die Lage des Textilgewerbes im ganzen unverändert geblieben. Die Warenpreise zeigen einen Rückgang.

Aus unserer Bewegung.

Ein neuer Fall krassesten sozialdemokratischen Terrors.

Darüber brachte kürzlich die Schweidnitzer Mittelschlesische Zeitung folgenden Bericht:

Wie unverantwortlich von sozialdemokratischer Seite gegen alles, was christlich ist, gehetzt wird, beweist folgender Vorfall, der gleichzeitig die beste Illustration für die sozialdemokratischen Schlagwörter: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" ist.

Vor dem katholischen Arbeitersekretariat in Reichenbach erschien der Weber Anton Gurk aus Schweidnitz, Kletschkauer-Straße Nr. 23, und erklärte:

„Ich bin Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes seit 1906 und seit zwei Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe. Seit meiner Entlassung aus dem Heeresdienst war ich, wie bereits ein Jahr vor dem Kriege, als Postaushelfer tätig. Am 9. 11. 20 wurde ich zufolge höherer Verfügung mit vielen anderen entlassen.

Ich fragte deshalb noch an diesem Tage bei der Firma Siemens A.-G. (früher Rosenthal), mech. Weberei, Schweidnitz, Reichenbacher-Straße, bei der ich vor dem Krieg vom Jahre 1897 bis zum Kriegsausbruch als Weber tätig war, wegen Arbeit an. Der Obermeister Krause erklärte mir: „Ich stelle Sie auf der Stelle ein, aber der Betriebsrat hat mir durch seinen Obmann, Weber Koch-Schweidnitz, Angerstraße 16, erklärt, er dulde nicht, daß ich den christlichen Gewerkschaftler Gurk einstelle. Tue ich es doch, so streikt die ganze Fabrik."

Am 10. 11. teilte ich (Gurk) den Vorfall brieflich dem für hier zuständigen Vertreter des Verbandes, Gewerkschaftssekretär Smuda-Langenbielau mit, mit dem Ersuchen, das weitere zu veranlassen. Smuda erschien am selben Tage. Wir gingen beide zum Obermeister. Dieser ließ Koch holen, belehrte ihn in unserer Gegenwart über die Rechtslage und empfahl ihm, es nicht erst zu Weiterungen kommen zu lassen. Smuda redete in gleichem Sinne zu. Alles war jedoch vergeblich. Koch meinte, er könne es nicht tun (d. h. er kann die Einstellung des christlichen Gewerkschaftlers Gurk nicht dulden. D. Red.), das sei Sache der Arbeiterschaft.

Zwei Tage später wurde die Sache schriftlich dem Schlichtungsausschuß für den Stadt- und Landkreis Schweidnitz und den Kreis Reichenbach zur Entscheidung vorgetragen. Am 12. 11. kam es zur Verhandlung. Nach vielem Hin und Her kam es zu einer Einigung dahin, daß ich (Gurk) eingestellt werden könnte, falls die Belegschaft nichts einzuwenden habe. Dann hörte ich nichts mehr von der Sache bis zum 22. 11., unter welchem Datum mir der Schlichtungsausschuß nachfolgendes Schreiben zur Kenntnis brachte:

Schweidnitz, den 22. November 1920.

An den
Herrn Vorsitzenden des Schlichtungsausschußes
in Schweidnitz.

Eine am 19. November abgehaltene Betriebsversammlung der Firma Siemens A.-G., Weberei, hier, beschloß einstimmig mit einigen Stimmenenthaltungen, **mit dem christlichen Gurk nicht zu arbeiten.**

Der Betriebsrat.
J. A.: Heinrich Koch, Angerstraße 16.

Der Fall ist lehrreich nicht nur für die christlichen Arbeiter, sondern auch für die Allgemeinheit. Der Obmann des Betriebsausschusses der Firma Siemens ist der sozialdemokratische Stadtverordnete Koch. Die Schamröte müßte jedem anständigen Sozialdemokraten in das Gesicht steigen. Ist das die vielgepriesene Freiheit? Wie sagt doch der Volksmund? „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein."

Alles in der Welt ist vergänglich und auch diese sozialdemokratische Gewaltherrschaft wird ein Ende nehmen! Es wird gut sein, sich solche Fälle unglaublichsten Terrors, unter welchen ein Arbeiter, Kriegsteilnehmer und Familienvater nur seines christlichen Bekenntnisses wegen um sein tägliches Brot gebracht wird, zu merken.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Atzenbach (i. Wiesental). **Von unserer satzungsgemäßen Generalversammlung.** Am Samstag, den 16. Januar, hielt der hiesige christliche Textilarbeiterverband im Gasthaus zur „Sonne" seine alljährige Generalversammlung ab. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe vom ersten Vorsitzenden Kollege Adolf Siebold. Die Tagesordnung war folgende: Erster Punkt: Verlesen des Protokolls durch den Schriftführer. Im weiteren Punkte gab der Vorsitzende den Jahres- und Kassenbericht bekannt. In Punkt drei wurde bei den Neuwahlen folgendes Resultat erzielt: Wegen allzu großer Arbeit in den verschiedenen Vereinen und anderen Angelegenheiten legte der bisherige erste Vorsitzende sein Amt nieder. An dessen Stelle wurde mit großer Stimmenmehrheit Kollege Albert Sprich als erster Vorsitzender gewählt. Als zweiter wurde Kollege Joseph Hierholzer einstimmig wieder beibehalten. Wegen Krankheit trat Fräulein Lina Kummerer von ihrem Amte als Kassiererin zurück, wofür einstimmig Kollege Adolf Siebold als solcher gewählt wurde. Schriftführer blieb Ferdinand Bächle. Nach Erledigung der Wahlen hielt der zur Generalversammlung erschienene Sekretär Kollege Kindle aus Lörrach einen kernigen Vortrag über die heutige schwierige Weltlage, wofür der Redner reichen Beifall erhielt. Die Diskussion verlief nach allen Richtungen hin recht lebhaft, und somit hatte die Tagesordnung ihren Abschluß gefunden. Unserem scheidenden ersten Vorsitzenden Kollegen Ad. Siebold rufen wir zu: Für deine vieljährige, mit großem Erfolg geleistete treue Hilfe und Arbeit als erster Vorsitzender herzlichen Dank. Wir alle wünschen, daß es dem neugewählten ersten Vorsitzenden Kollegen Albert Sprich gelingen möge, unseren, in heutiger Zeit so notwendig gewordenen christlichen Textilarbeiterverband zum Nutzen der Arbeiterschaft weiter zu leiten.

Crefeld. Am 11. Januar fand hier im Lokale Gatzweiler eine Arbeiterinnenversammlung statt, zu der sich eine Anzahl Kolleginnen versammelt hatten um ihre wirtschaftliche Lage zu besprechen. Sie folgten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen der Referentin Kollegin Kappels. Diese führte den Anwesenden die Stellung und die Lage der Frauen in den verschiedensten Wirtschaftsepochen vor Augen. An Hand reichhaltigen Materials wies sie nach, welche großen Aufgaben den Kolleginnen unseres Verbandes gerade in der Jetztzeit zu lösen vorbehalten sind. In der Aussprache fanden die Darlegungen der Rednerin einstimmigen Beifall. Das Resultat der Versammlung war, daß sich eine größere Anzahl Kolleginnen zur Bildung einer Arbeiterinnenkommission zusammenfanden, um von jetzt ab innerhalb der Kolleginnenkreise im gewollten Sinne der Referentin sich zu betätigen.

Falkenstein i. Vogtl. Eine schlichte aber doch eindrucksvolle Weihnachtsfeier hielt unsere Ortsgruppe am 27. Dezember v. J. im Lutherhaus hierselbst ab. Sie war sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Göckeritz, begrüßte die Erschienenen und hieß alle recht herzlich willkommen. Nach Absingen eines allgemeinen Weihnachtsliedes wurde die Feier durch einen recht sinnigen Prolog eröffnet. Dann hielt Herr Pastor Vogt eine kurze aber zu Herzen gehende Ansprache und legte hierbei die Worte zu Grunde: Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden. Vom Vorsitzenden wurde dem Herrn Pastor Vogt im Namen der Ortsgruppe herzlichst gedankt. Es folgten verschiedene Gedichte und Liedervorträge von unserer Kollegin Charlotte Thoß. Zwei Gesangstücke wurden vorgetragen von dem Kollegen Heckel. Die Klavierbegleitung hatte in dankenswerter Weise Herr Wezel übernommen. Reicher Beifall lohnte alle Mitwirkenden bei der schönen Feier. Anschließend hielt dann unser Kollege Kanis einen kurzen Vortrag über die Bedeutung der Mitarbeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. An alle Mitglieder richtete er die dringende Aufforderung, recht treu zusammenzuhalten und für unsere christliche Arbeiterbewegung weiter zu werben und noch recht viele für unsere christliche Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Geismer. Ihre Generalversammlung hielt am 11. d. M. unsere Ortsgruppe. Zuerst wurde die Vorstandswahl vorgenommen und es wurde zum ersten Vorsitzenden Aug. Bens, zum zweiten Vorsitzenden und Kassierer Heim. Ubbenhorst, zum Schriftführer Heinr. Rennerz und als Beisitzer die Kollegen Woltering und Paskert gewählt. Es wurden dann noch einige Unregelmäßigkeiten in den hiesigen Betrieben besprochen, wo der Betriebsrat für Abhilfe sorgen sollte. Erfreulich ist es, daß die Ortsgruppe im vorigen Jahre an Mitgliederzahl zugenommen hat. Sie beträgt z. Zt. 413 Mitglieder.

Glauchau (S.) **Unsere Jahreshauptversammlung** am 9. Januar hätte noch besser besucht sein können. Kollege Gehrmann gab einen kurzen Ueberblick über die Entwickelung der Ortsgruppe im letzten Jahre, aus dem zu ersehen war, daß es, wenn auch langsam, aber immerhin doch vorwärts gegangen ist. Dieser Bericht zeigte auch die überaus viele Arbeit, welche auf den Schultern einzelner Kollegen lastet und es wäre zu wünschen, daß sich mehr Kollegen an den Ortsgruppenarbeiten beteiligten. Bei den Vorstandswahlen wurde Kollege Arthur Penzel als erster, während Kollege Gehrmann als stellvertretender und Ehrenvorsitzender gewählt wurde. Kollege Melcher dankte dem Kollegen Gehrmann für seine langjährige Tätigkeit als erster Vorsitzender für unseren Verband. Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt, während zum stellvertretenden Kassierer Kollege Walther Martin gewählt wurde. Zum Schluß berichtete Kollege Melcher über das Endergebnis der Tarifverhandlungen, das zum 31. März ds. Js. neue schwere Verhandlungskämpfe erwarten läßt. In Erwartung dessen empfahl Kollege Melcher eine sofortige Beitragserhöhung zur Stärkung unserer Kassen. Dieser Anregung wurde durch einstimmige Annahme stattgegeben. Kollege Penzel als neuer Vorsitzender bat um die eifrigste Mitarbeit aller Verbandsmitglieder.

Greiz i. Vogtl. **Aus der Arbeitsgemeinschaft.** Unsere Ortsgruppen der obigen Arbeitsgemeinschaft hielten am Sonntag, den 9. Januar in Neumark eine Vorständekonferenz ab, in der beschlossen wurde, unser Beitragswesen wie folgt zu regeln:

	Zentralbeitrag	Ortsgruppenbeitrag	insgesamt
für männliche Mitglieder	280 Pfg.	70 Pfg.	350 Pfg.
„ weibliche „	230 „	70 „	300 „
„ jugendliche „	180 „	70 „	250 „

Weiter wurde beschlossen, nun, nachdem die Tarifverhandlungen beendet sind, sofort in die Agitation zur Zurückgewinnung der Falschorganisierten einzutreten.

Zum Schluß gab Kollege Melcher noch einen kurzen Ueberblick über die zu Ende geführten Tarifverhandlungen, deren Ergebnis durchaus nicht befriedigen kann. Alles deutet darauf hin, daß wir zum 31. März ds. Js. neue schwere Verhandlungskämpfe haben werden, die leicht zu größeren Arbeitskämpfen führen können. Darum war es notwendig, unsere Verbandskasse durch erhöhte Mitgliederbeiträge zu stärken. Erinnert wurde weiter an die rechtzeitige Fertigstellung der Vierteljahrsabrechnungen und an die regelmäßige Einsendung der monatlichen Arbeitslosen-Statistikkarten.

Gutach-Elztal. **Einen regen Besuch** wies die am 9. Januar im Adlersaal von unserer Ortsgruppe einberufene Generalversammlung mit nachfolgender Weihnachtsunterhaltung auf. Dieselbe wurde um ½3 Uhr vom Vorsitzenden Fuhrländer eröffnet, worauf sogleich zum Geschäftsbericht übergegangen wurde, erstattet vom Kollegen Schoch. Aus dem Berichte war zu ersehen, daß die hiesige Ortsgruppe auch im abgelaufenen Berichtsjahre gute Fortschritte gemacht hat. Bemerkt sei hier nur die Abgabe von Textilwaren, Schuhen und Fett zu ermäßigten Preisen an die Mitglieder. Der Umsatz in diesen Artikeln betrug im letzten Vierteljahr 15000 Mk., die dabei gemachten Gesamtersparnisse für die Mitglieder 2000 Mk. Die Mitgliederregistratur, verlesen vom Kollegen Kury, ergab einen Jahresabgang an Mitgliedern von zusammen 117. Von diesen wurden 33 an die selbständig gemachte Ortsgruppe Oberwinden abgetreten, 52 traten aus dem Fabrikbetriebe aus, 28 gingen in den deutschen Textilverband über, der Rest trat in andere christliche Fachverbände über. Neueintritte gab es infolge des nur mäßigen Geschäftsganges in der hiesigen Fabrik nur 40. Dagegen vom Deutschen Textilverband in den Christlichen nachweisbar 72 Mitglieder. Mit herzlichen Dankesworten für die eifrige Werbearbeit gedachte der Obige noch der im verflossenen Berichtsjahre ausgeschiedenen Vertrauenspersonen Rosa Rießle, Cäcilia Wehrle, Luise Kirchhofer, und Maria Dilger sowie Helene Schwing. Von Sekretär Wuchner wurde in

einem kurzen Vortrag dem Vorsitzenden wie der Gesamtleitung der Ortsgruppe die alle zu dem guten Fortschritt derselben in irgend einer Art beigetragen hatten, der beste Dank ausgesprochen, aber auch allen Mitgliedern klar gemacht, daß nur Einigkeit und festes Zusammenhalten, sowie gewissenhafte Erfüllung der Pflichten von seiten der Mitglieder gegenüber der Ortsgruppenleitung und dem Verbande auch in kommender schwerer und kampfreicher Zeit zu weiteren Erfolgen führen wird und das besonders in Gutach. Die Vorstandswahlen ergaben als ersten Vorsitzenden den Kollegen Fuhrländer, für den in den christlichen Metallarbeiterverband übergetretenen seitherigen bewährten Kassierer Haberstroh, Kollege Karl Schneider 1, als Schriftführer Kollege Michael Schoch, zu dessen Unterstützung Kollege Wilhelm Baur. Zur Entlastung für den ersten Vorsitzenden zur Führung der inneren Ortsgruppenangelegenheiten wurde ein zweiter Vorsitzender hinzugewählt und fiel die Wahl auf den Kollegen August Kury, welcher dieselbe vorläufig annahm. Auch die Wahl der Beisitzer und Delegierten nahm durch Annahme der vorgeschlagenen Mitglieder einen raschen Verlauf, sodaß nach einem von Kollegin Doninger vorgetragenen Gewerkschaftsprolog zur Unterhaltung übergegangen werden konnte. Auch in dieser Beziehung klappte alles vorzüglich, vom Begrüßungsprolog der Kollegin Weber und dem der Kollegin Hoch bis zur Aufführung des Weihnachtsstückes „Friede auf Erden", das allgemein durch seine tadellose Durchführung aller drei Akte befriedigte, wie auch der übrigen humoristischen Stücke. Dem Leiter aller übernommenen Ausführungen Franz Freider machte die flotte Abwicklung der einzelnen Stücke alle Ehre. Die musikalische Begleitung dazu hatte in zuvorkommender Weise Herr Hauptlehrer Müller übernommen und ihm wie auch allen andern Mitwirkenden sei auch hier der Dank von seiten der Mitglieder ausgesprochen. Herzlichen Dank aber auch unsern beiden Gewerkschaftsführern Wuchner und Halter, die stets und bei jedem Ruf den Weg von Waldkirch nach Gutach zu ihren Kolleginnen und Kollegen fanden. Und nun wieder mit neuem, frischem Mut ans Werk im neuen Verbandsjahre 1921. Der Mitgliederstand ist nun 400 trotz der Neugründung der Gruppe Oberwinden.

Heyerode (Eichsfeld). Unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung fand hierselbst am 6. Jan. statt und hatte eines recht guten Besuches sich zu erfreuen. Der erste Punkt der Tagesordnung war Rechnungsablegung und Entlastung des Vorstandes. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des gesamten Vorstandes gingen hervor: Erster Vorsitzender Franz Laufer (Stricker), zweiter Vorsitzender Emil Marx, als Kassierer Otto Laufer, (Stricker), als dessen Stellvertreter Nikolaus Marx (Weber) als Schriftführer Franz Petersheim (Weber) und als dessen Stellvertreter Oskar Petersheim (Weber). Der Ortsgruppenvorsitzende ermahnte alle Erschienenen, auch im neuen Jahre fester als je zusammenzuhalten. Ein jeder solle ein gesundes Glied im Verbandsleben sein und bleiben. Nach diesem begeisternden Schlußwort des Vorsitzenden wurde die recht harmonisch verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Hückeswagen. Wie man aus einer kommunistischen Versammlung eine christliche machen kann, zeigte am Sonntag, den 16. Januar die christliche Arbeiterschaft Hückeswagens. Der Einladung von seiten des kommunistischen Ortskartells der freien Gewerkschaften, waren die christlichen Gewerkschaftler zahlreich gefolgt. Mit Befriedigung konnten wir, bei dem Gedenken von Rosa Luxemburg und Carl Liebknecht, wobei sich die Kommunisten von den Sitzen erhoben, feststellen, daß die Versammlung von überwiegend christlichen Arbeitern besucht war, da letztere sich nicht erhoben.

Der Kommunist Rückhausen, angeblich aus Gelsenkirchen, verbreitete sich in fast zweistündiger Rede über das Thema: „Die Aufgaben der Gewerkschaften". Redner verstand vorzüglich, sehr radikal zu reden und doch inhaltlich nichts zu sagen. Bekämpfung der Arbeitsgemeinschaften, Abschaffung der Tarifverträge, Einbauen kommunistischer Keimzellen in die freien Gewerkschaften, das waren seine Dogmen, die er in etwas jüdischem Dialekt vortrug.

Nach Schluß des Vortrages verloren die Kommunisten die Herrschaft über die Versammlung, denn unter Beifall der Versammlung redeten nacheinander unsere Kollegen Kartellvorsitzender Orbach, Dörpinghaus und Preis den Wahn der Kommunisten auseinander. Nicht Bekämpfung, sondern Ausbau der Arbeitsgemeinschaften könne der Arbeiterschaft helfen. Wir seien im zwanzigsten Jahrhundert und nicht im Zeitalter des Faustrechtes. Druck erzeuge Gegendruck. Gesinnungsschnüffelei, brutale Gewalt, von wem sie auch angewandt würde, müsse abgelehnt werden. Redner warnten besonders vor einer kopflosen Sozialisierung; verlangten aber eine Änderung der Grundlagen unserer Wirtschaft, jedoch unter Berücksichtigung des Standes unserer jetzigen Wirtschaft. Nicht nur eine wirtschaftliche Umgruppierung müsse vollzogen werden, sondern auch eine Neuorientierung der Wirtschaftsgesinnung müsse angestrebt werden. Aufklärung über den Stand unserer Wirtschaft und auch über kommunistische Ziele damit die vernünftige Arbeiterschaft sich sammele in den christlichen Gewerkschaften, war der Schlußakkord der Diskussionsredner. — Mögen die christlichen Gewerkschaftler von Hückeswagen den Geist der Offensive — denn daß sie ihn haben, bewiesen sie hier — behalten und auch fernerhin zeigen, daß sie auf dem Plane sind, wenn es gilt zum Besten der gesamten Arbeiterschaft.

Neuwerk. Das Nützliche mit dem Angenehmen verband am Samstag, den 4. Dezember 1920, unsere Ortsgruppe mit ihrem Familienfest. Der Vorsitzende, Kollege Baur, eröffnete gegen 6 Uhr den Festabend und hieß alle Erschienenen herzlich willkommen. Er dankte allen, welche zum Gelingen dieses Abends ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache gestellt hätten. Sodann wechselten Gesangsvorträge und Theaterstücke einander ab. Dieselben wurden ausgeführt von dem Gesangchor des St. Josephs-Arbeitervereins, der Theaterabteilung des genannten Vereins und unserer Arbeiterinnen-Kommission. Hierbei kamen die Lachmuskeln in Tätigkeit. Dann hatte der Vorstand für eine Verlosung gesorgt. Die Arbeiterinnen-Kommission hat neben den wirtschaftlichen Interessen aber auch Verständnis fürs Praktische. So hat dieselbe im Verein mit dem Vorstande einen Näh- und Flickkursus ins Leben gerufen. Bei dieser Gelegenheit sind nun allerlei brauchbare Gegenstände angefertigt worden, und diese kamen zur Verlosung. Die Sachen waren für die heutige Zeit sehr gut gewählt und fanden allgemeinen Beifall aller Teilnehmer. Inzwischen war auch der Gewerkschaftssekretär Lorenz aus M.-Gladbach erschienen und sprach in kurzen Worten über die Bedeutung der Arbeiterinnen-Kommissionen und gab seine Freude darüber kund, daß er sagte, hier habe man das richtige Verständnis, für die Kolleginnen zusammenzuhalten. Auch betonte er scharf, alle Mütter möchten doch ihre Töchter in diese Kommission schicken. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil, was daß seine Worte Früchte getragen haben zeigt, daß der neue Kursus an die 40 Kolleginnen zählt. So wechselte Ernstes und Heiteres miteinander ab. Zum Schlusse sprach dann der Vorsitzende die Hoffnung aus, auch die Mitgliederversammlungen so zahlreich zu besuchen, besonders die jüngeren Kollegen und Kolleginnen, denn gerade in der heutigen Zeit tue Aufklärung sehr not. So kann die Ortsgruppe mit Stolz auf dieses Fest zurückblicken, welches sich den anderen würdig anreihen kann.

Ochtrup (Westfalen). Unsere Generalversammlung am 3. Januar war ziemlich gut besucht; sie hätte aber noch bedeutend besser besucht sein können. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende Kollege Albert Büter dieselbe eröffnet hatte, wurde zuerst das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen, welches ohne Einspruch genehmigt wurde. Darauf hielt Kollege Artkötter-Rheine wegen Verhinderung des Kollegen Heele einen kurzen Rückblick über die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im verflossenen Jahre. Infolge unserer niedrigen Valuta hätten wir jetzt einen flotten Geschäftsgang in der Textilindustrie, während in anderen Ländern schon eine zeitlang Arbeitseinschränkungen vorgenommen worden seien. Beim Steigen unserer Valuta müßten wir auch in Deutschland mit einer Wirtschaftskrise rechnen, die wir in den Kauf nehmen müßten, wenn wir endlich mal aus unserem jetzigen Tiefstand herauskommen wollen; und das kann nur geschehen durch Hebung der Valuta. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Es wurde hierauf die Vorstandswahl getätigt. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Klemens Wiggers, als 2. Vorsitzende Kollege Bernhard Strickmann neugewählt. Wiedergewählt als 1. Kassierer wurde Kollege Albert Verboom, als 2. Kassierer Kollege Felix Hogstuhl. Als 1. Schriftführerin wurde Kollegin Maria Schmitz wiedergewählt, zum 2. Schriftführer wurde Kollege Anton Dörken neugewählt. Ferner wurden als Kartelldelegierte wiedergewählt die Kollegen Heinrich Albers, Lambert Heuzinger und Gerhard Alferink. Neuhinzugewählt wurden noch die Kollegen Albert Gertshuis und Bernhard Kabber. Kollege Artkötter hielt darauf noch einen kurzen Vortrag über die Entwicklung unseres Tarifwesens. Kollege Kerkhoff-Gronau wies noch darauf hin, daß der Verbandsbeitrag etwas erhöht würde, er hoffe aber bestimmt, daß darum keiner dem Verbande untreu würde. Einig und geschlossen müssen wir zusammenhalten, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben. Hierauf wurde die so anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Opladen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 12. Januar statt. Dieselbe hätte, unmittelbar an den Arbeitsschluß anknüpfend, besser besucht sein können. Kollege Saur eröffnete dieselbe und erstattete den Vierteljahresbericht. Kollege Jansen, Köln-Mülheim, gab den Jahresbericht der Ortsgruppe. Aus demselben ging hervor, daß die Mitgliederzahl sich auf derselben Höhe gehalten habe, wie sie Anfang des Jahres 1920 bestanden. Einer Gesamteinnahme für die Zentrale von 2605,30 Mk. stehe an Ausgaben 178,40 Mk. gegenüber, sodaß an die Zentrale 2426,90 Mark gesandt werden konnten. An Ortsgruppenbeiträgen gingen 875,70 Mk. ein, denen an Ausgaben 785,77 Mk gegenüberständen. Der Versammlungsbesuch hätte im Berichtsjahre zu wünschen übrig gelassen. Die Lohnbewegungen im Laufe des Jahres seien alle von mehr oder weniger Erfolg gewesen. Zurückblickend auf das Jahr 1920 könne die Ortsgruppe bezgl. der Kassenverhältnisse zufrieden sein, nicht aber bezgl. der Weiterentwicklung der Ortsgruppe sowie des Versammlungsbesuches. Jedes Mitglied müsse es sich für das laufende neue Jahr zur Pflicht machen regelmäßig an den Versammlungen teilzunehmen. Hier wäre der Ort sich weiter auszubilden. Weiter sei es Pflicht jeden Mitgliedes, im neuen Jahre an der Ausbreitung der Ortsgruppe fördernd und tatkräftig mitzuwirken. Dann gelange auch die Ortsgruppe Opladen zu einer Mitgliederzahl, wonach sie der Gesinnung der Arbeiterschaft nach Anspruch habe, heute jedoch noch in gegnerischen Verbänden organisiert seien. Die Ortsgruppe müsse es als Ziel und Aufgabe des Jahres 1921 ansehen, Ende des Jahres alle Kollegen in ihren Reihen zu haben, welche ihrer Weltanschauung nach zu ihr gehörten. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende bat alle Mitglieder, in dem Sinne zu verfahren, wie Kollege Jansen in seinem Jahresbericht dargelegt habe.

Spessart. Ein anregendes Familienfest. Die am 6. Januar abends im Gasthaus Straus von unserer Ortsgruppe abgehaltene Weihnachtsfeier nahm einen glänzenden Verlauf. Die Feier wurde durch unseren Vorsitzenden Kollegen Rauch eingeleitet, worauf sich das gutgewählte und reichhaltige Programm flott abwickelte. Die Theaterstücke wurden von allen Mitwirkenden trefflich vorgetragen, was dem Leiter, Kollegen Fr. Huck, sowie allen Spielern und Spielerinnen zur Ehre gereicht. Der dichtbesetzte Saal dankte durch reichen Beifall. Unser jetziger und früherer Verbandsbeamter, Kollege Engelmann und Kollege Kiefer waren zu unserer Feier erfreulicherweise auch erschienen und richteten während der Zwischenpausen an die Anwesenden warme Mahnworte zum treuen Zusammenhalten in unserer christlichen Organisation, die für jeden Christen nur allein in Frage kommen kann. Selbst die anwesenden Mitglieder vom Deutschen Textilarbeiterverband erfreuten sich an unserer Feier. Möge unsere Ortsgruppe weiter blühen und gedeihen unter der bewährten Leitung der ganzen Vorstandschaft zum Wohle eines jeden einzelnen und damit auch der Allgemeinheit. Mit Mut und Gottvertrauen vorwärts im neuen Jahre.

Volkertshausen. Die unpolitischen „Freien". Am Samstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr fand im Gasthaus zur „Krone" eine öffentliche Versammlung der hiesigen Textilarbeiter statt. Anlaß dazu gab die Behauptung der hiesigen sozialdemokratischen Betriebsräte, unser Kollege Mayer wäre schuld an dem kürzlich in einer Abteilung vorgenommenen Lohnabzug. Es war in einer Abteilung etwas über den Tarif bezahlt worden. Als Kollege Mayer die Vertreter des freien Verbandes aufforderte, den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen, wurde vom Vorsitzenden des deutschen Verbandes erklärt, der Beweis liege darin, daß ein Lohnabzug erfolgt sei, und wer anders sagt, der lügt. Daß die Mitglieder des freien Verbandes selbst nicht an die Schuld Mayers glaubten, bewiesen die Ausführungen eines Mitgliedes des Verbandes. Seine Ausführungen gingen dahin, daß man nun Mayer die Schuld in die Schuhe schieben wollte, anstatt dem richtigen, dem Betriebsratsvorsitzenden. Weiter wurde in einer Notiz des sozialdemokratischen „Volkswillen" behauptet, beim christlichen Verband sei ein großer Mitgliederschwund zu verzeichnen. Die Entwicklung unserer Ortsgruppe sagt allein schon das Gegenteil. Am 1. Juli 1919 hatten wir 80 Mitglieder, am 1. Januar 1920 hatten wir 106 Mitglieder, am 1. Januar 1921 hatten wir 147 Mitglieder.

Daß von den „Freien" die Interessen der Partei über die der Arbeiterschaft gestellt werden, beweist auch folgender Vorgang: Die beiden Organisationen hatten es durchgesetzt beim Kommunalverband, daß das für die hiesigen Konsumenten notwendige Mehl in hiesiger Mühle zur Ausmahlung kam, nun ist dieses wieder aufgehoben worden. Nachdem dieser Punkt in öffentlicher Versammlung besprochen wurde, erklärte der Vorsitzende des deutschen Verbandes, er müsse zuerst mit der Leitung des sozialdemokratischen Vereins Rücksprache nehmen, bevor er einer gemeinsamen Eingabe zustimmen könne. Auch ein Beitrag zur politischen Neutralität der freien Gewerkschaften.

Besondere Bekanntmachungen.

Es ist bei

mancher Gelegenheit schon darauf hingewiesen worden, daß die Bestellungen für jede Abteilung in der Zentralstelle gesondert, also für jede Abteilung auf einem besonderen Zettel geschrieben werden muß. Bei der Ausdehnung des Arbeitsfeldes, sowie der tagtäglich größer werdenden Anforderungen ist es unbedingt notwendig, daß es so gemacht wird. Denn bei einer

zusammengefaßten

Bestellung ist es leicht möglich, daß eine übergangen wird. Infolgedessen kommen manchmal, auch wohl zu Unrecht, da vieles auf dem Wege hierher verloren geht,

Reklamationen,

die für Besteller und Empfänger gleich ärgerlich sind. Wir sind bestrebt, zumal bei den vielseitigen Anforderungen

der Zeitungen,

sei es „Textilarbeiter-Zeitung", sei es „Frauenblatt" und auch „Gewerkschaftsjugend", immer jede Aenderung so schnell zu erledigen, wie es eben geht. Trotzdem kommen öfters Klagen, die

einfach

unberechtigt sind. Der Versand, der ja in Crefeld, gleich von der Druckerei aus geschieht, und ebenso die Zentralstelle, die gleichfalls eine Liste führt, ändern jede Neuerung sofort. Es kann unseres Erachtens nur daran liegen, daß die Bestellungen entweder nicht angekommen sind oder aber durch die Verkettung mit anderen Dingen übergangen werden. Es ist sonst bei der Abteilung Versand

unmöglich,

daß die einlaufenden Aenderungen nicht erledigt werden. Um jedoch eine noch schnellere Aenderung zu ermöglichen, ist es ebenso notwendig wie nützlich, wenn

jede Zeitungssache

direkt an die Versandstelle: Buchdruckerei Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, adressiert wird. Wir müssen im Zusammenhang damit nochmals sagen, daß das „Frauenblatt" nur einmal im Monat erscheint, und daß die „Gewerkschaftsjugend" infolge der beschränkten Anzahl an Exemplaren, über die wir verfügen, nur prozentual verteilt werden kann, d. h. entsprechend der Anzahl „Textilarbeiter-Zeitungen" werden „Gewerkschaftsjugend" beigelegt. Alle darüber hinaus benötigten Exemplare müssen von den Ortsgruppenleitungen selbst bezahlt und bestellt werden beim Verlag in Köln, Venloerwall 9. Wenn alle dieses lesen und beherzigen, ist es ein leichtes, alles zur Zufriedenheit

zu erledigen.

Adressenänderung.

Sekretariat Landeshut (Schlesien).

Franz Hanker, Landeshut (Schlesien), Liebauerstr. 4/5, im schwarzen Bär. Telephon Nr. 220.

Versammlungskalender.

Bedburg. 13. Februar, im Saale Schumacher, Generalversammlung.

Cottbus. 19. Februar, 6½ Uhr, im Lokale Königs Bierhaus, Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Christliche Gewerkschaften und Sozialisierung. — Ein grelles Schlaglicht auf die überspannten Kommunalisierungsbestrebungen der Sozialdemokratie. — Bitte: den Kernpunkt nicht verschieben! — Außerordentliche Beihilfen für Invaliden-Rentenempfänger. — **Allgemeine Rundschau:** Was die Arbeiter von einer Kommunisten-Herrschaft zu erwarten hätten. — **Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte:** Die Bedeutung der Betriebsräte. — **Aus unserer Industrie:** Eine Exportaktion in der englischen Tuchindustrie. — Die Geschäftslage des deutschen Webstoffgewerbes. — Aus der internationalen Textilindustrie. — **Aus unserer Bewegung:** Ein neuer Fall krassesten sozialdemokratischen Terrors. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Atzenbach (i. Wiesental). — Crefeld. — Falkenstein i. Vogtl. — Gescher. — Glauchau (S.). — Greiz i. Vogtl. — Gutach-Elztal. — Heyerode (Eichsfeld). — Hückeswagen. — Neuwerk. — Ochtrup (Westfalen). — Opladen. — Spessart. — Volkertshausen. — **Besondere Bekanntmachungen.** — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33.